

## **2. Einführung der Gebärdensprache im Kantonsrat und anderen Institutionen, wo die Massnahmen erforderlich sind**

Einzelinitiative Uliana Ishchenko vom 16. Januar 2023

KR-Nr. 15/2023

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Wir haben reduzierte Debatte beschlossen. Eintreten auf Einzelinitiativen ist obligatorisch. Gemäss Paragraf 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Zudem haben wir am 23. Januar 2023 beschlossen, dass die Einreicherin an den Verhandlungen teilnehmen und die Einzelinitiative begründen kann. Das Wort zur Begründung der Einzelinitiative hat Uliana Ishchenko; Redezeit zehn Minuten.

*Uliana Ishchenko, Einreicherin der Einzelinitiative:* Ich begrüsse alle herzlich und bedanke mich, dass ich hier sein darf. Auch alle jenen einen herzlichen Dank, die Zeit gefunden haben, hier zu sein, obwohl es draussen warm ist und man irgendwo baden gehen könnte; herzlichen Dank für eure Unterstützung.

Ich habe nur zehn Minuten Zeit für eine solch wichtige Angelegenheit. Ich versuche mein Mögliches, alles zu erläutern und zu begründen.

Eine kurze Einführung: Als unsere Welt entstanden ist, wurde sie für alle geschaffen. Es gab keine Trennung zwischen den Menschen, die sprechen können und jenen, die nicht sprechen können. Es gab keine Trennung durch Sprachen, die man spricht oder die man nicht spricht. Wir Menschen haben diese Trennung gemacht. Es waren die Menschen, die angefangen haben, Grenzen zu setzen und die Menschen einzuteilen in diejenigen, die die Sprachen sprechen können und die sie nicht sprechen können. Damit haben wir angefangen, Grenzen zu setzen und zu sagen, die einen gehören zu uns und die anderen gehören nicht zu uns.

Die Geschichte war nicht immer so einfach und leicht für uns alle. Jetzt ist langsam der Zeitpunkt gekommen, an dem wir uns aktiv mit Massnahmen auseinandersetzen müssen, Taten sprechen lassen. Es kann sein, dass wenn jemand nicht hören kann und beispielsweise alleine aus Kanada oder aus England oder aus den USA in die Schweiz einreisen möchte und feststellen muss, dass es am Flughafen Zürich keine Tafeln gibt, auf denen die wichtigsten Informationen enthalten sind. Oder: Sie wollen die S-Bahn nehmen, den internationalen Zug und fühlen sich alleine verloren, weil keine Informationen zur Verfügung stehen. Für uns Sprechenden ist das alles selbstverständlich, denn wir können hören und lesen. Das ist aber eben nicht für alle Menschen selbstverständlich. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen fürs Zuhören bedanken. Es ist ein Zeichen des Respekts und zeugt aus meiner Sicht von einem guten Verhalten, das euch euer Mütter beigebracht haben. Ich bin sehr glücklich, dass alle so aufmerksam zuhören können.

Seit 23. September 1951 gibt es eine Dachorganisation der Gehörlosen. Bereits in zwölf Ländern gilt die Gebärdensprache als etwas Selbstverständliches. Hier wird erst jetzt Konkretes umgesetzt, aber immer noch viel zu wenig. Wir müssen dafür

sorgen, dass das Recht auf Information und auf Bildung seitens des Kantons Zürich unterstützt wird. Mit dieser Einzelinitiative verlange ich deshalb, dass hinsichtlich der Gebärdensprache konkrete Massnahmen eingeführt und in die Tat umgesetzt werden. Es kann doch nicht sein, dass erst diese Initiative eingereicht werden muss, bevor etwas unternommen wird. Manchmal fühle ich mich wie eine Polizistin, die erst dann eingreifen kann, wenn es wirklich nötig ist. Es sollte doch selbstverständlich sein, denn wir bezahlen auch Steuern. Aus meiner Sicht ist es selbstverständlich, dass Steuergelder für die Gebärdensprache und für deren Übersetzung im Kantonsrat eingesetzt werden. Ich entschuldige mich bei Andreas (*Andreas Janner, Geschäftsführer «sichtbar GEHÖRLOS ZÜRICH»*), dass ich mich nicht direkt bei dir gemeldet habe; ich habe mich zuerst mit den nationalen Vertretern in Verbindung gesetzt. Ich dachte, die interne Kommunikation funktioniere besser. Deswegen war ich mir nicht bewusst, dass mein Anliegen nicht an die Stelle herangetragen wurde. Ich entschuldige mich persönlich und öffentlich dafür; niemand ist perfekt. Ich habe mich also mit der nationalen Vertretung der Gehörlosen in der Schweiz unterhalten, weil ich finde, dass in der gesamten Schweiz Massnahmen für die Gebärdensprache ergriffen werden müssen.

Der zweite, wichtige Punkt ist die Einbürgerung; sie wurde noch nicht angesprochen. Es kann doch nicht sein, dass jemand, der nur die Gebärdensprache spricht, nicht eingebürgert wird. Gebärdensprache, das ist eine Sprache, die die ganze Welt vereinen und verbinden kann. Wenn wir uns überlegen, wodurch man das Gehört verlieren kann, beispielsweise durch Kriege. Sie sind die Ursache Nummer eins. Damit wird die Gebärdensprache noch aktueller. Das betrifft auch Kinder und Mütter, die Kinder haben, die nicht hören können. Was machen wir mit einem solchen Kind? Wir sollten das Geld für ihre Bildung einsetzen. Auch dafür, dass das Kind das Recht hat, an der Universität Zürich zu studieren, und es ein Teil unserer Gesellschaft sein kann.

Wie ich vorhin gesagt habe: Auf der Welt gibt es keine Trennung zwischen Gut und Böse, zwischen Sprechenden und Nicht-Sprechenden, Behinderten und Nicht-Behinderten. Aus meiner Sicht sind wir die Behinderten, weil wir die Massnahmen nicht zum richtigen Zeitpunkt und nicht konkret umgesetzt haben. Ich möchte euch ans Herz legen, gemeinsam Massnahmen festzulegen, damit in Folge der Digitalisierung niemand verlorenggeht. Weil, es betrifft nicht nur Leute, die hier im Kanton Zürich leben; es betrifft auch Leute, die ausserhalb des Kantons Zürich leben, im Ausland, die bei der Reise in die Schweiz auf die wichtigsten Informationen angewiesen sind. Schauen wir mal die Stadt Bern an: Dort gibt es bereits viele Videoinformationen auf der Webseite, die auch in Gebärdensprache vorhanden sind. Warum gibt es sowas nicht in der Stadt Zürich? Lieber Kanton Zürich und liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, ich lege euch ans Herz, dass wir die Einführung der Gebärdensprache in allen Institutionen vornehmen und als etwas Selbstverständliches betrachten. Dass wir ein Zeichen setzen für die Solidarität und für die Akzeptanz, dass wir mehr Respekt verlangen, dass wir uns, dass wir ... Jetzt habe ich den Faden verloren. Es geht mir ein wenig ans Herz, da ich hoch sensibel bin. Dass wir wirklich gemeinsam etwas tun. Wenn ich die wichtigsten Informationen nicht sofort finden kann, wie sollen das denn Leute können,

die gehörlos sind? Für mich gibt es eben diese Trennung nicht; es ist für mich schwierig, sie zu machen. Wir sind alles Menschen. Für mich gibt es diese Trennung nicht. Für mich ist es selbstverständlich, dass die Gebärdensprache bei allen wichtigen Institutionen vorhanden sein muss. Ich bedanke mich noch einmal, dass Sie mir zugehört haben. Ich hoffe, dass wir gemeinsam Massnahmen hinsichtlich der Gebärdensprache in der Primarschule, im Kantonsrat, in der Oberstufe, Sekundarstufe, Gymnasium und in der Universität Zürich nun aktiver festlegen und umsetzen. Es kann doch nicht sein, dass wir warten müssen, bis uns der Gehörlosenverband Zürich kontaktiert und sagt, da und da brauchen wir Hilfe, da und da brauchen wir Unterstützung. Wir müssen zuerst sein; wir müssen selbst auf diese Ideen kommen und sagen: Hey, wir machen das! Sollen wir immer auf uns warten lassen? Nein, das finde ich nicht. Wir müssen ein Beispiel sein, weil, ich habe einmal gelernt, der Stärkere oder die Stärkere muss immer an alle denken. Das ist ein Gesetz, das ist ein Naturgesetz und das ist selbstverständlich.

Ja, ich habe noch nie so ein volles Publikum da oben (*Tribüne*) gesehen. Das freut mich sehr. (*Heiterkeit*) Ich hoffe, dass die politische Bildung noch aktiver sein wird, dass sie für euch da ist und für alle, die heute nicht da sind. (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

*Sonja Gehrig (GLP, Urdorf):* Die Einzelinitiative fordert die Übersetzung der Kantonsratsgeschäfte in die Gebärdensprache. Die Grünliberalen werden diese Einzelinitiative vorläufig unterstützen. Damit bieten wir Hand für eine bedarfsgerechte Lösung.

Unter «bedarfsgerecht» verstehen wir etwa, dass man für einzelne Geschäfte vorab – oder auch im Nachhinein – eine Übersetzung in Gebärdensprache verlangen kann, allenfalls mit einer niederschweligen Begründung des Interesses oder der Betroffenheit. Auch auf der kommunalen Ebene gibt es Gemeinden, bei denen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eine Übersetzung in Gebärdensprache vorab verlangen können, wie zum Beispiel in Wallisellen. Eine andere bedarfsgerechte Lösung könnte sein, dass die jeweilige Kommission oder die für eine barrierefreie Kommunikation eingestellte Accessibility-Beauftragte bei der Staatskanzlei jeweils vorab feststellt, wann ein Geschäft für Menschen mit Beeinträchtigungen von besonderem Interesse sein könnte, um dann eine Übersetzung in die Gebärdensprache beantragt oder einleitet. Unter einer bedarfsgerechten Lösung verstehen die Grünliberalen hingegen nicht einen Automatismus beziehungsweise eine Übersetzung aller Kantonsratsgeschäfte in die Gebärdensprache, solange es dafür Dolmetscherleistungen braucht. Das heute ist definitiv etwas, was wir uns vorstellen können, weil, da sind Leute mit Beeinträchtigungen, die Gehörlosen betroffen; aber eben keinen Automatismus. Wenn aber in Zukunft geschriebene und gesprochene Sprache automatisch in Gebärdensprache übersetzt werden kann, dann ist dies sicher auch für Kantonsratsgeschäfte eine gute Lösung. Soweit sind wir im Moment nicht. Wir können darauf hoffen. Die Kommission soll aber über Details befinden. In diesem Sinne unterstützen wir die Einzelinitiative vorläufig. Besten Dank.

*Markus Schaaf (EVP, Zell):* Die UNO-Behindertenrechtskonvention wurde von der Schweiz am 15. April 2014 ratifiziert und ist am 15. Mai 2014 für uns in Kraft getreten. Mit ihrem Beitritt zum Übereinkommen verpflichtet sich die Schweiz, Hindernisse zu beheben, mit denen Menschen mit Behinderung konfrontiert sind, sie gegen Diskriminierung zu schützen und ihre Inklusion und ihre Gleichstellung in der Gesellschaft zu fördern. Wir feiern also nächstes Jahr zehnjähriges Jubiläum, das die Schweiz, die BRK (*Behindertenrechtskonvention*), ratifiziert hat. Ein Blick in die aktuelle Gesellschaft zeigt, dass wir noch nicht am Ende des Weges angekommen sind. Und auch wenn es nur Minderheiten sind, sind es eben doch eine Anzahl Menschen und eine wichtige Anzahl Menschen, die vom politischen Geschehen ausgeschlossen sind. Die Rücksichtnahme auf Minderheiten steckt in der DNA der Evangelischen Volkspartei. Deshalb ist es folgerichtig, dass wir diese Einzelinitiative vorläufig unterstützen. Wir sehen dies aber auch realistisch, denn es ist weder sinnvoll noch zweckmässig, jedes einzelne Wort aus diesem Rat in Gebärdensprache zu übersetzen. Es wird deshalb eine Herausforderung und eine Aufgabe der Kommission sein, konkrete Situationen zu definieren, in denen Übersetzungen in Gebärdensprache angeboten werden sollen und können. Es sollen dabei aber auch alle technischen Möglichkeiten bedacht werden, zum Beispiel auch die Möglichkeit einer automatischen Untertitelung unseres Livestreams, der ja von jeder Ratssitzung ausgestrahlt wird. In diesem Sinne wird die EVP diese Einzelinitiative vorläufig unterstützen.

*Silvia Rigoni (Grüne, Zürich):* In letzter Zeit ist im Kanton Zürich hinsichtlich der Übersetzung in die Gebärdensprache ein wenig etwas gegangen. Zum Beispiel werden Abstimmungen mittels Erklärvideos in Gebärdensprache übersetzt; auch die Medienkonferenz nach einer Abstimmung wird in Gebärdensprache übersetzt. Im März dieses Jahres hatten wir die Abschreibung eines Postulats (*KR-Nr. 34/2019*) zu diesem Thema im Rat. Mit diesem Postulat verlangten wir eine Verbesserung der politischen Informationen für Menschen mit Hörbehinderung. Die Diskussion damals hat gezeigt, dass wir einige Schritte gemacht haben, aber dass das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht ist und dass es beim Weitergehen noch einiges braucht, einiges nötig ist. Das ist seitens der Regierung ja auch geplant. Mit der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention ist jetzt einiges in Gang gekommen.

Nun haben wir einen Vorschlag von Frau Ishchenko auf dem Tisch, die Kantonsratssitzungen in Gebärdensprache zu übersetzen. Das ist ein sehr willkommener Anstoss für eine Verbesserung der Inklusion. Aktuell haben wir ja gar keine Übersetzung unserer Sitzungen in die Gebärdensprache. Das heute ist eine Ausnahme (*eine Gebärdendolmetscherin übersetzt die Debatte für die Zuschauenden auf der Tribüne*). Mit vereinten Kräften haben wir es gerade noch geschafft, diese Übersetzung hinzukriegen. Herzlichen Dank an die Parlamentsdienste für das schnelle Handeln. Nun, der Schritt von heute – gar keine Übersetzung, nur in Ausnahmefällen, zu allen Sitzungen – ist wahrscheinlich zu gross und scheint nicht unbedingt verhältnismässig zu sein. Denkbar ist – ich schliesse mich hier den Ideen

der Vorrednerinnen an – eine Übersetzung zu speziellen Themen, die zum Beispiel für Menschen mit einer Hörbehinderung relevant sind. Natürlich soll auf Antrag verlangt werden können, dass eine Sitzung übersetzt wird. Selbstverständlich soll im Sinne der Behindertenrechtskonvention dies finanziell zulasten des Kantons gehen.

Wir möchten diese Einzelinitiative einer Kommission überweisen. Dort soll geklärt werden, was wirklich sinnvoll ist, ob es allenfalls ein schrittweises Vorgehen braucht. Frau Ishchenko hat noch von anderen Institutionen gesprochen, in welchen eine Übersetzung nötig sein könnten; das kann dort auch geprüft werden, selbstverständlich auch die Überlegung, ob man das auch auf kommunaler Ebene einführen sollte, also die Übersetzung von Parlamentssitzungen auf kommunaler Ebene. In diesem Sinne werden wir Grünen die Einzelinitiative überweisen.

*Beat Habegger (FDP, Zürich):* Die FDP hat das Postulat KR-Nr. 34/2019 bereits unterstützt. Wir sind auch mit der Abschreibung, wie sie jetzt seitens der STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) vorgeschlagen wurde, einverstanden. Im Postulatsbericht sieht man, dass der Kanton Zürich bereits viele Massnahmen umgesetzt hat; was wir sehr begrüßen.

Diese Einzelinitiative nimmt nun den Kantonsrat ins Visier. Ich glaube, als Angehörige dieses Organs haben wir eine besondere Verantwortung dafür, dass unsere Debatten und die verschiedenen Haltungen, Meinungen in der Öffentlichkeit bekanntwerden. Deshalb ist die FDP-Fraktion bereit, diese Einzelinitiative vorläufig zu unterstützen und die Massnahmen, wie sie jetzt schon vorgeschlagen wurden, prüfen zu lassen. Unsere Unterstützung ist – ähnlich wie sie von den Vorrednerinnen bereits erwähnt wurde – an ein paar Bedingungen geknüpft oder mit diesen verbunden. Erstens soll die Übersetzung nachfrageorientiert sein, also ähnlich wie es in manchen Gemeindeversammlungen im Kanton Zürich gemacht wird: Man kann ein entsprechendes Bedürfnis zur Übersetzung anmelden. Dann wird es auch gewährt. Zweitens muss die vorbereitende Kommission den Aufwand und die damit verbundenen Kosten abschätzen und schauen, was hier sinnvoll ist. Unsere Unterstützung ist kein Freipass für die Einführung einer permanenten und umfassenden Übersetzung. Und drittens schliesslich – auch das wurde schon gesagt – müssen wir auch schauen, was uns diesbezüglich die Technologie in Zukunft bieten wird. Es gibt heute schon Apps, die das können, handtalk.me zum Beispiel. Es werden sicher noch weitere Applikationen auf den Markt kommen, die dann das Ganze etwas vereinfachen und die technologischen Mittel zur Verfügung stellen, die es einfacher machen, diese Übersetzungen anzubieten. In diesem Sinne könnte der Kantonsrat hier vielleicht sogar ein innovatives Zeichen setzen. Wäre schön, wenn wir hier mit der Technologie, die Innovationskraft des Kantons Zürich in diesem Bereich unter Beweis stellen könnten. In diesem Sinne unterstützt die FDP-Fraktion diese Einzelinitiative vorläufig. Danke.

*Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen):* Die Forderung, dass bei wichtigen Traktanden im Kantonsrat eine Übersetzung in Gebärdensprache ermöglicht werden soll, ist richtig und wichtig. Wir unterstützen diese Einzelinitiative auf jeden Fall. Dem

Grundsatz, dass man versucht, so viele Hindernisse wie nur irgendwie möglich für Benachteiligte aus dem Weg zu räumen, dem sind wir verpflichtet. Gerade diesen Menschen bei wichtigen politischen Entscheiden eine bessere Teilhabe zu ermöglichen, ist auf jeden Fall unterstützenswert.

Ich schliesse mich meinen Vorrednerinnen und Vorredner an: Vielleicht eröffnen sich auch durch die Anwendung von KI (*künstliche Intelligenz*) und anderen technischen Möglichkeiten weitere Perspektiven, dieser Forderung Rechnung zu tragen. Hier haben wir eine Möglichkeit, einen in der kantonalen Verfassung festgeschriebenen Grundsatz umzusetzen, nämlich, dass wir Fördermassnahmen zugunsten von Benachteiligten treffen. Demokratien messen sich immer daran, wie mit Minderheiten und Benachteiligten umgegangen wird. Darum wäre es schön, wenn genügend Stimmen heute für die Überweisung der Initiative zustande kämen.

*Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich):* Werte Gehörlose auf der Tribüne (*be-grüsst die Gäste in Gebärdensprache*), Sie sehen, ich habe einmal einen Gebärdensprachkurs absolviert und habe deshalb ein bisschen Einsicht, was es bedeutet, Gebärdensprache zu reden. Ich kann es nicht sehr gut, da ich nur einen Kurs gemacht habe. Es ist ziemlich anspruchsvoll.

Ich würde gerne erweitern: Die gesetzlichen Grundlagen, auf die sich Frau Ishchenko bei ihrer EI berufen hat, dabei verhält es sich nämlich so, dass momentan in Bern eine Motion bei der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur hängig ist, welche die Gebärdensprache gesetzlich anerkennen will. Wie das dann herauskommen wird, ob es tatsächlich ein eigenes Gesetz geben wird oder ob es nur als Ergänzung zum Behindertengleichstellungsgesetz verfasst wird, werden wir noch sehen.

In unserer Kantonsverfassung haben wir den Artikel 12. Dort steht leider etwas wenig griffig: Die Sprachenfreiheit umfasst die Gebärdensprache. Das ist wieder einmal so ein typisches Zückerchen für Menschen mit Behinderung, diesmal für die Gehörlosen, weil, daran lassen sich leider nicht irgendwelche Umsetzungen festmachen, wie zum Beispiel Dolmetscherdienste für die einzelne gehörlose Person. Wir hatten am 29. Januar eine Einladung von «sichtbar GEHÖRLOSE ZÜRICH» – wir haben auf der Tribüne Vertreterinnen und Vertreter von ihnen – hier im Kantonsrat, zu der wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus allen Parteien zum Thema Wahlen eingeladen wurde; es fand ein Austausch statt. Da haben wir zum Beispiel erfahren, dass eine gehörlose Person Anspruch auf elf Dolmetscher-Übersetzungen im Monat hat. Es ist kontingentiert, das heisst, wenn ich nur vier im Monat brauche, dann habe ich im nächsten Monat nicht etwa Anspruch auf sieben zusätzliche Übersetzungen. Da sieht man, dass die Situation schwierig ist, weil, es gibt Leute wie Andreas Janner von «sichtbar GEHÖRLOS ZÜRICH», der heute auch da ist und Geschäftsführer ist, dem reichen elf Dolmetscher-Dienstleistungen zum Beispiel überhaupt nicht aus. Es ist wirklich wichtig, dass gerade wir in unserer Institution schauen, dass die Menschen, die Gehörlosen, die alle auch Steuerzahlerinnen und -zahler sind, wie Frau Ishchenko gesagt hat, teil-

haben können. Das hat man uns am 29. Januar ziemlich selbstbewusst klargemacht: Wir sind Teil der Gesellschaft, wir leisten etwas. Wir wollen von euch gehört werden. Danke vielmals, dass Sie diesen Vorstoss gemacht haben, Frau Ishchenko.

Die AL wird ihn selbstverständlich unterstützen. Gleichzeitig muss ich sagen, dass gewisse Äusserungen schon ein bisschen paternalistisch daher kamen gegenüber dieser Community. Ich finde, es ist nicht wirklich an uns zu entscheiden, was jetzt für gehörlose Menschen relevant aus unseren Debatten ist und was nicht. Also, ich finde, wenn das in eine Kommission kommt, dann muss das wirklich unter Einbezug der gehörlosen Community angeschaut werden; was sind die Bedürfnisse und wie soll die Umsetzung für den Antrag einer Übersetzung vonstatten gehen. Ich nehme jetzt nicht an, dass wir hier unter Ihnen jemand haben, der an total technischen Bau Themen interessiert ist. Also, das zu übersetzen wäre dann sehr kompliziert. Aber es gibt sozialpolitische Themen, die Sie etwas angehen. Es ist völlig klar, die gehen nicht nur behinderte Menschen etwas, sondern auch andere. Das wäre dann toll, wenn es übersetzt würde. Deshalb unterstützen wir die Einzelinitiative. Wir wünschen uns auch, dass die Kommission vielleicht anschaut, ob man nicht allenfalls eine Zusammenfassung der Ratsdebatten in Gebärdensprache anbieten könnte. Besten Dank.

*Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil):* Die Mühlen mahlen in der Schweizer und auch in der Zürcher Politik manchmal langsam. Es ist nicht immer offensichtlich, was alles am Laufen ist. Hier tut sich aber sehr vieles im Hintergrund. Um den Zugang zu Behördeninformationen zu verbessern, hat der Kanton seine Hürden für Menschen mit Beeinträchtigungen weitgehend identifiziert und arbeitet vielerorts an deren Abbau. Dies konnte auch bei uns in der Kommission dargestellt werden und wurde von den entsprechenden Verbänden anerkannt. Es ist klar, noch sind nicht alle Resultate sichtbar, und es bleibt noch einiges zu tun. Der kommende Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-BRK und dessen Ausführungen werden diesem Bestreben weiteren Schub verleihen. Wir wollen also die Verwaltung den eingeschlagenen Weg weiter beschreiten lassen und nicht einen einzigen Punkt hier herauspicken. Deshalb lehnen wir im Moment ab, wissen aber, dass dieses Thema auf der politischen Agenda ist. Vielen Dank.

*Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen) spricht zum zweiten Mal:* Ich möchte einfach hier ergänzen respektive klarstellen, dass für die SP-Fraktion eine Einschränkung der Themen, die hier vorne übersetzt werden, eigentlich nicht zur Frage steht. Ich finde es relativ schwierig, wenn hier eine Auswahl getroffen werden soll, welche Themen für Gehörlose respektive Behinderte wichtig sind. Ich gehe davon aus, dass politische Themen für alle Bürgerinnen und Bürger von Interesse sind, und würde mich dagegen verwehren, dass wir hier irgendwelche Auswahlkriterien ins Auge fassen.

*Uliana Ishchenko spricht zum zweiten Mal:* Vielen Dank euch allen für die Argumentationen. Ich habe allen Argumenten genau zugehört. Ich finde auch, dass

diese elf Stunden Übersetzungsdienstleistung im Monat nicht ausreichen; sie müssten höher angesetzt werden. Denn mit elf Stunden kommt man nirgends hin. Es wäre ein wichtiger Schritt, dies zu verbessern. Mit der Ablehnung bin ich nicht einverstanden, weil, ich finde, dass noch zu wenig gemacht wird. Aber ich akzeptiere diese Ablehnung ihrerseits; damit habe ich auch gerechnet. Ich bedanke mich bei allen, die meinen Vorstoss unterstützen. Das heisst, es gibt Menschen, die ein Herz haben und bereit sind, etwas mehr zu tun. (*Heiterkeit*) Mehr habe ich nicht hinzuzufügen. Vielen Dank fürs Zuhören.

*Abstimmung*

**Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative KR-Nr. 15/2023 stimmen 125 Ratsmitglieder.** Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht worden. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Die Einzelinitiative wird an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.